



✓ ab per Post

07.10.16

S-210317-009

U1 A3

[REDACTED]
Bundesverband Digitalpublisher und
Zeitungsverleger e.V.
Markgrafenstraße 15
10969 Berlin

Dr. Ulrich Nußbaum
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 7641
FAX +49 30 18615 5105
E-MAIL buero-st-n@bmwi.bund.de
DATUM Berlin, 07. April 2021

Sehr geehrter [REDACTED]

für Ihr Schreiben an Herrn Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vom 15.03.2021, in dem Sie sich kritisch zu einigen Vorgaben der geplanten Richtlinie zur Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens äußern und konkrete Änderungen vorschlagen, danke ich Ihnen. Der Minister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Am 24.03.2021 hatten Sie ja dazu gemeinsam mit weiteren Verbandsvertretern ein Gespräch mit [REDACTED] und dem zuständigen Fachreferat.

Ich habe Verständnis dafür, dass die dem engen zeitlichen Korsett des Haushaltstitels geschuldete Fristenfolge erhebliche Probleme in der praktischen Umsetzung mit sich bringt. Derzeit befinden wir uns zur Lösung dieser Problematik in Gesprächen mit dem Bundesfinanzministerium und versuchen, Verbesserungen zu erzielen. Ihre Hinweise sind dafür sehr wichtig. Natürlich sind wir aber an die rechtlichen Vorgaben gebunden.

Die von Ihnen aufgeworfene praktische Notwendigkeit der Ermöglichung einer Beauftragung von „verbundenen Unternehmen“ (Tochterunternehmen) als Digitaldienstleister ist für uns ebenfalls sehr gut nachvollziehbar. Wir erörtern derzeit mit dem BAFA, wie wir dies in der Praxis sinnvoll umsetzen können.

Seite 2 von 2 Ich möchte Ihnen nochmals versichern, dass uns die Schwierigkeit des Fördervorhabens und der engen zeitlichen Taktung sehr bewusst ist. Wir tun alles, um die Belange der Verlagsbranche so gut wie möglich zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Nußbaum

Berlin, 31. März 2021

Briefentwurf

St N
a.d.D.

[REDACTED]
Bundesverband Digitalpublisher und
Zeitungsverleger e.V.
Markgrafenstraße 15
10969 Berlin

Betr.:

**Umsetzung einer Förderrichtlinie zu Förderung
der digitalen Transformation des Verlagswesens**

Bezug: Schreiben des BDZV vom 15.03.2021

Vom Leitungsbereich auszufüllen

TGB-Nr.	S-210317-009
Eingang Leitung	01.04.2021
eDW-M- Nr.:	2021.03.17/00023
Rein- schrift	

Abzeichnungsleiste

St	
AL	Stefan Schnorr, VI 31.03.21
UAL	i.V. Ju, VIA3 31.03.21

Referatsinformationen

Referats- leiter/in	MinR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3; 31.03.21
Bearbei- ter/in	RR Dr. Albers (-6456) CA, VIA3; 31.03.21
Mitzeich- nung	
Referat und AZ	VI A 3 - 60209-001- 02#001

I. Sachverhalt/Stellungnahme

Zum aktuellen Sachstand wird auf die beigelegte Vorlage für Ihr Gespräch mit St Gatzert vom 30.03.2021 verwiesen.

II. Briefftextentwurf

Sehr geehrter [REDACTED]

für Ihr Schreiben an Herrn Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vom 15.03.2021, in dem Sie sich kritisch zu einigen Vorgaben der geplanten Richtlinie zur Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens äußern und konkrete Änderungen vorschlagen, danke ich Ihnen. Herr Minister Altmaier hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Am 24.03.2021 hatten Sie ja dazu gemeinsam mit weiteren Verbandsvertretern ein Gespräch mit [REDACTED] und dem zuständigen Fachreferat.

Ich habe Verständnis dafür, dass die dem engen zeitlichen Korsett des Haushaltstitels geschuldete Fristenfolge erhebliche Probleme in der praktischen Umsetzung mit sich bringt. Derzeit befinden wir uns zur Lösung dieser Problematik in Gesprächen und

T
mit der
BMF³

versuchen, Verbesserungen zu erzielen. Ihre Hinweise sind dafür sehr wichtig. Natürlich sind wir aber an die rechtlichen Vorgaben gebunden.

Die von Ihnen aufgeworfene praktische Notwendigkeit der Ermöglichung einer Beauftragung von „verbundenen Unternehmen“ (Tochterunternehmen) als Digitaldienstleister ist für uns ebenfalls sehr gut nachvollziehbar. Wir erörtern derzeit mit dem BAFA, wie wir dies in der Praxis sinnvoll umsetzen können.

Ich möchte Ihnen nochmals versichern, dass uns die Schwierigkeit des Fördervorhabens und der engen zeitlichen Taktung sehr bewusst ist. Wir tun alles, um die Belange der Verlagsbranche so gut wie möglich zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Datenschutzhinweis

Berlin, 30. März 2021

Terminvorbereitung

St N

a.d.D.

Betr.:

Verlagsförderung

**hier: Fristenlauf vs. Mittelplanung 2021/2022
geplantes Gespräch mit BMF StS Gatzert**

Ort:

Telefonisch/virtuell

Für den Termin am:

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	S-210330-043
Eingang Leitung	31.03.2021
eDW-M- Nr.:	2021.03.30/00062
Abzeichnungsleiste	
St	
AL	Stefan Schnorr, VI 31.03.21
UAL	i.V. Ju, VIA3 30.03.21
Referatsinformationen	
Referats- leiter/in	MinR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3; 30.03.21
Bearbei- ter/in	RR Dr. Albers (-6456) CA, VIA3; 30.03.21
Mitzeich- nung	Z-HA
Referat und AZ	VIA3 - 60209-001- 02#001

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre
haben Abdruck erhalten.

Gesprächsziel und Interessenlage

- BMF um Unterstützung bitten, die Förderung der digitalen Transformation im Verlagswesen so anzupassen, dass der politisch gewünschte Zweck der Förderung erreicht werden kann (für die Verlagsförderung hatte sich vorrangig die A-Seite eingesetzt).
- Denkbar wäre, dass BMF ausnahmsweise bereit wäre, die kassenmäßige Einsparung für die Inanspruchnahme von **Ausgaberesten** im Haushaltsvollzug 2022 (bis zu 180 Mio. €) zulasten aller Einzelpläne (und nicht nur des Epl 09, BMWi) zuzulassen [so Votum Z-HA].
- Oder: Einwilligung des BMF zum **Vorschlag von BM (Vorschusslösung)**: Auskehren der Mittel in 2021 unter Widerrufsvorbehalt, Realisierung der Projekte und Abwicklung (Verwendungsnachweise etc.) erst 2022 [dazu ablehnendes Votum Z-HA].
- Oder Unterstützung/politische Flankierung durch BMF für Änderung des einschlägigen HH-Titels im **Nachtragshaushalt 2021** im parlamentarischen Verfahren.
- Hinweis auf politisches Interesse der SPD an Verlagsförderung.

I. Sachverhalt

Der Entwurf der Förderrichtlinie liegt BMF und BRH seit Mitte Februar vor, die finale Zustimmung des BMF steht noch aus. BRH hat einer Bitte des Haushaltsausschusses folgend einen Beratungsbericht für Mai angekündigt. Entwurf geht uns in der Woche nach Ostern zu. Nach Billigung durch BMF erfolgt die abschließende Notifizierung bei der EU-KOM. Wir gehen davon aus, dass die Förderrichtlinie im Juni 2020 veröffentlicht werden kann, dann können die Verlage Anträge stellen. Das BAFA ist als administrierende Stelle beauftragt; mit dem dortigem Aufbaustab sind wir im Gespräch.

Wir hatten die Verbände zuletzt am 01.03.2021 über den aktuellen Stand informiert und die Förderrichtlinie skizziert, ohne diese aber herauszugeben. AL VI hat am 24.3.2021 mit allen Verbänden gesprochen.

Mit dem Programm können wir gem. den Vorgaben des Haushaltsausschusses **Maßnahmen zur digitalen Transformation der Verlage fördern**. Erstattet werden können bis zu 45 % der Investitionskosten. Pro Verlag besteht ein Höchstbetrag für den Zuschuss, der sich aus der Auflage und den durchschnittlichen Kosten der Zustellung der Printexemplare errechnet. Wir gehen davon aus, dass Anträge ab Juni/Juli 2021 gestellt werden können.

Für **2021** stehen uns nach dem Bundeshaushalt **180 Mio. € Barmittel** zur Verfügung, für **2022** weitere **20 Mio. €** als Verpflichtungsermächtigungen.

Die 180 Mio. € müssen bis 31.12.20220 verausgabt werden, danach verfallen die Mittel (abgesehen von der Möglichkeit der Bildung von Ausgaberesten unter engen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen). Folglich muss nach derzeitiger Planung ein Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel zwingend noch in 2021 ausgekehrt werden.

Die geplante Förderung geht aus Sicht der Branche in der jetzigen Form an den Anforderungen vorbei.

- Es sei zeitlich nicht möglich, im zweiten Halbjahr 2020 die entsprechenden Förderanträge zu stellen und die zu fördernden Maßnahmen bis Ende 2021 abzuschließen. Die Umsetzung der Maßnahmen dauere länger.
- Zudem seien einige Verlage (insb. Anzeigenblätter, denen durch die Corona Krise das Anzeigengeschäft weggebrochen sei) nicht in der Lage, im Jahr 2021 den erforderlichen Eigenanteil von 55 % zu finanzieren.

Die Verlage fordern daher eine grundlegende Umgestaltung der Förderung und im Idealfall **eine reine Zustellförderung (als Corona-Hilfe), unabhängig von Digitalisierungsmaßnahmen. Äußerst hilfswiese müsse das Programm gestreckt werden, sodass Mittel aus 2021 ins Folgejahr verschoben werden müssten.**

➤ Beides ist mit den aktuellen Vorgaben des Bundeshaushalts 2021 nicht umsetzbar.

Aus unserer Sicht bestünden folgende Lösungsmöglichkeiten:

Variante 1: Bildung von Ausgabenresten

Nach § 38 Abs. 4 S. 2 BHO können i.H.d. nicht abfließenden Ausgaben in 2021 Verpflichtungen zur Zahlung im Folgejahr begründet werden, ohne dass formal Verpflichtungsermächtigungen vorliegen. Wir könnten also 2021 weitere Verpflichtungen mit Fälligkeit 2022 begründen und so die Auszahlungspläne bedarfsgerecht bewilligen.

NACHTEIL:

- bei der Inanspruchnahme dieser „übertragenen“ Mittel im Jahr 2022 müssen in gleicher Höhe im Jahr 2022 Einsparungen im BMWi Haushalt erfolgen. Angesichts der noch nicht absehbaren Rahmenbedingungen des HH 2022 können wir aber derzeit keine Aussagen treffen, ob wir eine kassenmäßige Minderausgabe von bis zu 180 Mio. € im Epl. 09 in 2022 erwirtschaften können, ohne andere geplante BMWi-Maßnahmen stoppen zu müssen.
- BMF könnte zwar abweichend vom Grundsatz der verursachungsgerechten Einsparung im jeweiligen Epl. ausnahmsweise die kassenmäßige Einsparung zulasten aller Einzelpläne zulassen (**für diese Variante plädiert Z-HA**).
Solche Zusagen wird BMF aus unserer Sicher aber zumindest derzeit wohl nicht treffen können (auch mit Blick auf die neue Bundesregierung).

Variante 2: Vorschusszahlungen an die Verlage in voller Höhe in 2021

Dieser (von BM angeregte Vorschlag) könnte so aussehen, dass **Anträge dieses Jahr (ab Mitte 2021) gestellt** werden, die beantragten Projekte allerdings auch 2022 durchgeführt werden dürfen. Die Zuwendungsempfänger sollen **bereits in 2021** die volle Fördersumme als „**Vorschuss unter Widerrufsvorbehalt**“ erhalten, **um die für 2021 bereitstehenden 180 Mio. € noch in 2021 auskehren zu können**.

Die **Abwicklung der Projekte und auch der Prüfung der Verwendungsnachweise** durch das BAFA könnte erst **in 2022** erfolgen.

PROBLEM:

- Diesem **Ansatz stünden tragende haushaltsrechtliche Prinzipien entgegen** wie der Subsidiaritätsgrundsatz aus § 23 BHO i.V.m. §§ 6 und 7 BHO bzw. das Fälligkeitsprinzip aus § 34 Abs. 2 BHO, die auch ihren Niederschlag in den VV Nr. 7 zu § 44 BHO bzw. Nr. 1.4 ANBestP (Auszahlung von Zuwendungen nur insoweit, als sie „alsbald“ nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird) gefunden haben.
- Abweichungen von diesen VV bedürften **der Einwilligung des BMF und der Anhörung des BRH** nach VV Nr. 15.2 zu § 44 BHO.
Ob sich ein derartiger Antrag entlang der haushaltsrechtlichen Prüfungsmaßstäbe der BHO begründen ließe, ist fraglich.
- **Auf jeden Fall ist hier eine politische Entscheidung des BMF erforderlich.**

Anmerkung Z-HA:

Z-HA kann diesen Vorschlag aufgrund erheblicher haushaltsrechtlicher Bedenken (Subsidiarität und Wirtschaftlichkeit gem. §§ 6,7 BHO bzw Fälligkeitsprinzip nach § 34 BHO **nicht mittragen** und empfiehlt stattdessen eine Lösung auf der Grundlage von Variante 1.

Variante 3: Änderung des HH-Titels im parlamentarischen Verfahren zum Nachtragshaushalt

Der Haushaltstitel zur Förderung der digitalen Transformation im Verlagswesen (Kapitel 0910 Titel 683 03) könnte im parlamentarischen Verfahren zum Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts 2021 so umgestaltet werden, dass die Mittelverteilung den Anforderungen der Branche gerecht wird. So könnten die **Barmittel 2021** auf z.B. **100 Mio.** Euro abgesenkt und die Verpflichtungsermächtigungen für 2022 auf **100 Mio.** Euro erhöht werden.

Möglich wäre grundsätzlich auch eine Änderung der Zweckbestimmung des Titels in Richtung einer Umwidmung in eine „**Teil-Corona-Soforthilfe**“ zugunsten der Anzeigenblätter (so der Wunsch insbes. *Bundesverbandes Deutscher Anzeigenblätter*)

➤ **Das erfordert eine politische Flankierung durch BMF.**

Nach unserem Kenntnisstand ist aber **bewusst nicht beabsichtigt, den Nachtragshaushalt** im parlamentarischen Verfahren noch einmal **vereinzelt „aufzuschnüren“** und einzelne Titel zu bearbeiten („Dammbruch-Argument“).

Mögliche Sprechemente

- Wie Sie wissen, sieht der Haushalt für dieses Jahr 180 Mio. € zur Förderung der digitalen Transformation im Verlagswesen vor und 20 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen für 2022.
- Einerseits müssen wir den Zuwendungsempfängern und dem BAFA zwingend bestimmte Fristen einräumen, andererseits muss gemäß Titelansatz ein Großteil der Mittel bis spätestens 31.12.2021 ausgezahlt worden sein.
- Nach den Fristenläufen (Anträge ab vss. Juni/Juli 2020 möglich, Antragszeitraum 3 bis 6 Monate) können die Verlage nach Verbandsangaben die zu fördernden Maßnahmen allerdings nicht in diesem Jahr durchführen/abschließen, so dass viele Auszahlungen faktisch erst 2022 stattfinden. Daher dürften die 180 Mio. € für 2021 weitgehend nicht abfließen, für 2022 stehen aber nur noch 20 Mio. € VE zu Verfügung. Damit könnte die gewollte Förderung ins Leere laufen.

Es gäbe folgende Lösungsmöglichkeiten:

- Antragstellung ab Mitte 2021, Durchführung der Projekte erst 2022. Die Verlage erhalten schon in 2021 die volle Fördersumme als „**Vorschuss unter Widerrufsvorbehalt**“. Dafür zwingend nötig: Einwilligung des BMF, da tragende haushaltsrechtliche Prinzipien entgegenstehen [s. ablehnendes Votum Z-HA].
- Oder: Politische Unterstützung des BMF, um im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum **Nachtrags-HH 2021 eine Mittelneuverteilung** im einschlägigen HH-Titel vorzunehmen (z.B. je 100 Mio. € in den HH-Jahren 2021 und 2022; genaue Verteilung würden wir mit den Verbänden erörtern).

- Oder: Bewilligungen (mit Auszahlungen für 2022) in 2021 zu Lasten **übertragbarer Ausgaben** (§ 38 Abs. 4 S. 2 BHO).

Hierfür wäre im Haushaltsvollzug 2022 ein Szenario für die kassenmäßigen Einsparung der in Anspruch zu nehmenden Ausgabereste (bis zu 180 Mio. €) erforderlich. Aufgrund der noch nicht absehbaren Randbedingungen des Haushaltsvollzuges 2022 kann für den Epl. 09 derzeit natürlich keine Zusage in dieser Höhe gegeben werden.

Lösung: **Zusicherung durch BMF**, dass kassenmäßige Einsparung für **Ausgabereste im Bedarfsfall zulasten aller Epl.** zugelassen wird.

Von: [REDACTED]@bdzv.de
Gesendet: Montag, 15. März 2021 16:59
An: Ministerbuero
Cc: Schnorr, Stefan, VI; Jungbluth, Armin, Dr., VIA3
Betreff: Umsetzung Förderrichtlinie Transformation Verlagswesen
Anlagen: 2021-03-15_BDZV an BMWi_Umsetzung Foerderrichtlinie.pdf

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

das Präsidium des BDZV hat sich eingehend mit dem Sachstand der aktuellen „Umsetzung einer Förderrichtlinie zur Transformation im Verlagswesen“ befasst. Die Mitglieder sind sich der Komplexität bewusst und wissen die bisherigen enormen Anstrengungen im BMWi sehr zu schätzen. Allerdings wurde in der intensiven Besprechung eindeutig festgestellt, dass die geplanten Vorgaben in der Förderrichtlinie nicht realistisch erfüllbar sind. Wir erläutern dies im beigefügten Schreiben.

Für Gespräche und Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e.V.
Markgrafenstraße 15 | 10969 Berlin
[Datenschutzhinweise](#)

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer Nr. 20504 B

Büro der Leitung

17. MRZ. 2021

Tgb. Nr. S-210317-009

1. BN g.z. u. ✓ 2. ⁿ STN, VI und Bu
AE für STN

NHS 16/3
F-17/3

Termin AE d. STN
bis spätestens 01.04.2021
- Eingang im Büro der Leitung -



Bundesverband
Digitalpublisher und
Zeitungsverleger

Herrn
Peter Altmaier, MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34 - 37
11019 Berlin

Berlin, den 15. März 2021

Umsetzung einer Förderrichtlinie zur Transformation im Verlagswesen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie setzt derzeit den Bundestagsbeschluss zur Förderung der Transformation im Verlagswesen federführend um. Nach erfolgreicher Prä-Notifizierung in Brüssel liegt der Richtlinienentwurf nunmehr dem Bundesfinanzministerium zur Überprüfung vor. Die im Schreiben des BMWi vom 1. März 2021 an die betreffenden Verlegerverbände mitgeteilten Informationen zum Sachstand veranlassen den BDZV, die konkret geplanten Vorgaben zur Umsetzung des Förderbeschlusses abzulehnen und um erforderliche Änderungen zu bitten.

Der Richtlinienentwurf ist uns bis heute nicht zur Kenntnis gegeben worden. Wir halten es für schwierig, wenn eine Förderrichtlinie erstellt wird, ohne alle praxisrelevanten Details mit der Branche abzustimmen. Wichtige Ausführungsbestimmungen sind uns erst mit dem genannten Schreiben des BMWi zugegangen – zu einem Zeitpunkt in dem der Richtlinienentwurf bereits dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesrechnungshof zur Freigabe vorgelegen hat.

Allein die uns teilweise bekannt gewordenen Bestimmungen lassen bereits erkennen, dass die für eine realistische Umsetzung erforderliche Praktikabilität der geplanten Förderrichtlinie nicht gegeben ist. Die Förderrichtlinie ist nach unserem Kenntnisstand so nicht umsetzbar.

Das gesamte Fördergeld soll nach der Vorstellung des BMWi noch in diesem Jahr abgerufen werden. Die Förderanträge können erst ab Juni gestellt werden, mit einer dreimonatigen Antragsfrist. Der Umsetzungszeitraum für die jeweils beantragten Projekte beträgt 6 Monate. Diese Fristenabfolge ist in der Praxis absolut unrealistisch.

Darüber hinaus sind die vom BMWi als unproblematisch eingestuften Verwendungsbeispiele viel zu eng angelegt.

Um die Digitalisierung voranzutreiben, haben viele Verlage in den letzten Jahren bereits intensiv in eigene oder gemeinschaftliche Unternehmen oder eigene Einheiten investiert, die für die Entwicklung von digitalen Produkten und IT-Dienstleistungen – auch verlagsübergreifend – zuständig sind. Genau diese sinnvolle und zukunftsgerichtete Entwicklung und Kooperation wird aber in der vorgesehenen Förderrichtlinie konterkariert: Projekte und Leistungen von verlagseigenen IT-Dienstleistern oder Gemeinschaftsunternehmen oder eigenen Einheiten sollen nach den Vorstellungen des BMWi nicht förderfähig sein.

Uns ist bewusst, dass die Umsetzung eines solchen BT-Beschlusses durchaus komplex ist. Zudem ist es nicht einfach, hiermit eine Branche anzusprechen, die grundsätzlich eine direkte Förderung der flächendeckenden physischen Abo-Zustellung für notwendig hält und eine Digitalförderung nicht gefordert hatte. Gleichwohl ist anzuerkennen, dass auch eine Digitalförderung unter Wahrung des Unabhängigkeitsaspekts hilfreich für die Transformation sein kann. Dies gilt jedoch nur dann, wenn die Vorgaben umsetzbar, praktikabel und weitreichend genug sind. Das ist nach unserer Ansicht hier nicht der Fall. Es besteht daher aus unserer Sicht die dringende Notwendigkeit einer zielführenden Überarbeitung.

Trotz der aufgezeigten ablehnenden Haltung des BDZV bleibt es selbstverständlich Sache der einzelnen Verlagshäuser, eigene Entscheidungen zu treffen. Der Verband zeigt an dieser Stelle allerdings ein eindeutiges Meinungsbild des repräsentativ zusammengesetzten großen Präsidiums auf. Dieses Meinungsbild vertreten wir auch in der Öffentlichkeit.

Für Rückfragen und Gespräche stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

